

er Rumi-
tionsaffe
ten wor-
ntfomme

ung über
nd Mehl
§ 1 der
ordnung
des Herrn
bis auf

und 12%
fordnung
gewicht 24
1325 bis

3% igem
Verkaufs-
1/4 Pfund

s Wasser-
fsgewicht
elgenmehl
Bräthen
ist, wieder
t werden.

Bviebade
Ronditor-
ditiore
deren Be-
en Weigen-
en dürfen.

nach Ge-
bratkarten

erhandelt,
mit Geld-
ndestrats-

b. 36. in
achungen

strat.
Mehl.

14 werden

55 Fig.
50 Fig.
42 Fig.

0 Gramm

1916 in
an diesem
zulider-
Befängnis

1140

istrat.

auf.

März ab

Uhr,

eben. Sie
gültig je

nd Woche
ere Wochen

erst dann,
h der Be-
s 8 Pfund
t hat.

iteres An-
47, stellen,
nes unbe-
schen scharf

istrat.

baden
ritzstr. 49.
e.

arme. 11
und Ger einen
01390

Abonnements:

Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Geschiedt an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:

„Vollstimmte, Frankfurt/Main“.

Telephon-Anschluss:

Ant. Hanfa 7435, 7436, 7437.

Vollstimmte

Inserate:

Die 6spalt. Zeilen kosten 15 Pfg.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluss der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 599.

Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Vollstimmte“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Witzlich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Weiskirchstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag der Vollstimmte Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 56

Dienstag den 7. März 1916

27. Jahrgang

Neue deutsche Reichssteuern. Luftangriff auf England. — Das Fiasko der italienischen Kriegsanleihe.

Deutschland und Amerika.

Wilson's Standpunkt.

Größere Klarheit kommt jetzt in das Verhältnis des nord-amerikanischen Präsidenten und seiner Regierung zu den beiden Parlamenten der Union durch eine Veröffentlichung des Senators Stone. Er gibt den Brief bekannt, den er vor zwei Wochen an Wilson richtete und in dem er das Ergebnis einer Unterredung mit dem Präsidenten wie folgt festlegte:

„Dass Sie es sehr bedauern würden, wenn England Herrn Lansing's Vorschlag ablehnen sollte, der dahin geht, dass es seine Handelschiffe entwaffnet, und zwar unter der Voraussetzung, dass Deutschland und seine Verbündeten auf ein Handelschiff nicht mehr feuern werden, falls es, wenn dazu aufgefordert, beilegt und nicht zu entkommen versucht, sowie dass die deutschen Kriegsschiffe nur das anerkannte Recht der Durchsuchung und Aufbringung ausüben und das aufgegratete Schiff nicht zerstören, es sei denn unter Umständen, welche die Sicherheit der Passagiere und der Mannschaft als gefährdet erkennen lassen. Sie seien ferner der Meinung, dass England und seine Alliierten, falls sie den Vorschlag ablehnen und auf der Bewaffnung ihrer Handelschiffe bestehen sollten, dazu nach dem Völkerrecht berechtigt seien. Sie seien weiterhin geneigt, bewaffneten Schiffen die Ausfahrt aus amerikanischen Häfen zu gestatten, könnten sich aber nicht mit dem Gedanken befassen, dass die amerikanische Regierung endgültige Schritte unternehme, um amerikanische Bürger aus der Gefahr auf bewaffneten Handelschiffen zu hindern. Sie würden es ferner als Ihre Pflicht betrachten, Deutschland streng verantwortlich dafür zu machen, falls ein deutsches Kriegsschiff auf ein bewaffnetes feindliches Handelschiff feuern sollte, auf dem amerikanische Bürger Passagiere sind.“

Das bedeutet klipp und klar, dass Wilson auf englischer Seite steht, dessen Kriegsführung unter falscher Flagge und mit Hilfe von Handelschiffen billigt und die Notwendigkeit der deutschen Notwehr nicht anerkennt. Darüber sind Senator Stone und seine Freunde stark beunruhigt. Und im Repräsentantenhaus herrschen ebenfalls starke Strömungen gegen Wilson's Einseitigkeit. Der Präsident des Hauses, sowie einige Parteiführer hatten eine neuerliche Vespredung mit Wilson, deren Inhalt der Präsident nachher wie folgt wiedergab:

„Wir haben Wilson auseinandergelegt, wie das Haus unserer Meinung nach denke und sagten Wilson, dass die Resolution, die Amerikaner vor der Benutzung bewaffneter Handelschiffe zu warnen, mit einer Majorität von zwei zu eins angenommen würde, wenn sie gegenwärtig im Repräsentantenhaus zur Abstimmung gebracht würde. Einige begeisterte Herren dachten, die Majorität würde sich wie drei zu eins verhalten.“

Die Nichtakzeptanz dieser Annahme bestätigte sich alsbald. Der republikanische Abgeordnete Mondell ariff im Repräsentantenhaus die antwortliche Politik der Regierung an und verlangte dringend die Annahme eines Antrages, durch welchen die Amerikaner vor der Benutzung bewaffneter Kaufschiffe gewarnt werden. Mondell sagte: „Wenn jemand, der vollkommen unterrichtet ist, behauptet, dass ein amerikanischer Bürger das Recht hat, das weder abgelehnt, noch verurteilt, oder verurteilt werden sollte, in der letzten Zeit und unter den jetzigen Verhältnissen auf einem Schiffe zu reisen, das für ein Gefecht ausgerüstet und nach einer Region des Kriegsschauplatzes bestimmt ist, so muss ich annehmen, dass jemand, der eine solche Ansicht hat und darauf besteht, entweder die Politik gegen die nationale Ehre ausübt, oder die Absicht hat, die Nation in einen Krieg zu verwickeln.“ Das ist deutlich auf die englischen Sintermänner Wilsons gerichtet und trifft ins Schwarze. Nur dass die beiden Säulen der nordamerikanischen Volkvertretung doch nicht die Meinung zu haben scheinen, mit ihrem Staatspräsidenten völlig zu brechen. Sie beschränken sich auf Verwahrungen, während Wilson selbst vor seinem Druckmittel zur Behauptung seines englandfreundlichen Standpunktes zurückweicht.

Freiheit für englische Posträubereien!

New York, 6. März. (W. V. Nichtamtlich.) Meldung von dem Privatkorrespondenten des Wolffischen Bureaus. Ein Telegramm aus Washington besagt, dass England Antwort auf die amerikanische Note betreffend die Verhängung der Postfänge darauf besteht, dass England die freie Jurisdiktion über die in seinen Gewässern fahrende Post besitzt. In der Antwort wird Amerika diesen Anspruch Englands bestritten.

Wassenausfuhrverbot und Stimmungsmache.

Der Haager „Nieuwe Courant“ schreibt: „Wir haben gehört, dass Senator Sherman im Senat eine Petition unterbreitet hat, wonach das Verbot einer Ausfuhr von Waffen aus den Vereinigten Staaten verlangt wird. Ein derartiges Verbot würde für die Kriegspartei, welche die Waffen aus Amerika bezieht, natürlich im höchsten Grade unangenehm sein, und das ist wohl der Grund, weshalb Reuter es für nötig gefunden hat, von dieser Reifepetition nichts mitzuteilen, denn nicht weniger als 1000 000 Unterzeichner bedeckten diese Petition. Die Senatoren von Iowa und Wisconsin und etwa neun andere Senatoren dron-

gen, wie aus den jetzt hier eingetroffenen amerikanischen Blättern hervorgeht, darauf, dass dieses Ausfuhrverbot erlassen werde. Der Umstand, dass Reuter, die offizielle Agentur des Landes, das mit dem Ozean auch die transatlantischen Kabel beherrscht, das neutrale Europa vollständig in Unkenntnis über diese Dinge ließ, ist ein neuer Beweis dafür, wie partiell wir hier über die Stimmung in Amerika unterrichtet werden, und es ist ein neuer Grund für die Annahme, dass Amerika genau so zum Korren gehalten wird über das, was in Europa geschieht. Wir lenken hierauf nochmals die Aufmerksamkeit, weil auch die Reutertelegammme, die von einem angeblichen vollständigen Sieg Wilsons in der Frage der bewaffneten Kaufschiffe berichten, wieder zeigen, dass die einseitigen Informationen, die uns durch die Nachrichtenagenturen der Kriegführenden gefandt werden, Mißtrauen verdienen.“

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 6. März. (W. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Minenkämpfe nordöstlich von Yperles. Die englische Infanterie, die dort mehrfach zu kleineren Angriffen ansetzte, wurde durch Feuer abgewiesen.

Auf dem östlichen Massener verließ der Tag im allgemeinen ruhiger als bisher. Immerhin wurden bei kleineren Kampfhandlungen gefangen und vorgeführt an Gefangenen 14 Offiziere, 934 Mann eingebracht.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Seeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 6. März. (W. V. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart: 6. März 1916.

Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kampfaktivität ist seit mehreren Tagen durch außergewöhnlich starke Niederschläge, im Gebirge auch durch Lawengefahr, fast völlig aufgehoben.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Die Schlacht um Verdun.

Die Londoner „Times“ schreibt in einem Leitartikel von dem Bericht des Lords Northcliffe über die Schlacht bei Verdun nach dessen Besuch an der Front, man könne jetzt mit ziemlicher Sicherheit annehmen, dass der Kampf seinen Höhepunkt noch nicht erreicht habe, und dass die Deutschen auch noch größere Verluste in den Kampf nehmen würden. Aus den Gefechten der letzten Woche könne man schließen, dass die französische Artillerie an Kraft zunehme, und dass der Feind, mit Ausnahme von geringen Fortschritten an der Ostseite, ungefähr an derselben Stelle stehe, wie vor einer Woche. Die schwere Artillerie des Feindes sei jedoch offenbar dazu angetrieben, in den spärlichen Phasen der Schlacht eine wichtige Rolle zu spielen. Ebenso beschränken sich die Pariser Blätter fortgesetzt lebhaft mit den voraussetzlichen Kämpfen um Verdun. Alle reden sie und raten. Nur die deutsche Seeresleitung schweigt und handelt hoffentlich dafür klug und fräftig.

Ein französischer Tagesbefehl.

Berlin, 6. März. (W. V.) Folgender Befehl des Generals Betain wurde bei einem Gefangenen des französischen Infanterie-Regiments Nr. 33 gefunden:

„Seit dem 21. Februar greift die Armee des Kronprinzen mit äußerster Anstrengung unsere Stellungen um Verdun an. Noch nie hat der Feind so viel Artillerietätigkeit gezeigt, noch nie so viel Munition aufgewandt. Bereits hat er seine besten Armeekorps, die er seit mehreren Monaten sorgfältig in Ruhe hielt, auf dem Schlachtfeld reiflos eingesetzt. Er erneuert seine Infanterieangriffe ohne Rücksicht auf schwere Verluste. Dies alles beweist, welchen Wert Deutschland dieser Offensive beilegt, der ersten großen Stöße, welche es seit über einem Jahr auf unserer Front verjagt. Es bezieht sich, einen Erfolg herbeizuführen, welcher den Krieg beendet, unter dem seine Bevölkerung mehr und mehr leidet. Die Träume der Ausbreitung im Orient schwinden; das Anwachsen der russischen und

englischen Armeen ruft Beunruhigung hervor. Ein Aufruf des Kaisers, den uns ein Heberläufer gebracht hat, ist ein Geständnis der wahren Ursachen dieses verhängnisvollen Angriffs: „Unser Vaterland“, hat er gesagt, „ist zu diesem Angriff gezwungen, aber unser eiserner Wille wird den Feind vernichten. Daher befehle ich den Angriff.“ Ihr eiserner Wille wird sich an unserer Standhaftigkeit bewenden, wie in Vohringen, in der Somme, im Artois, an der Yser und in der Champagne. Schließlich werden wir sie bezwingen, und das Scheitern dieser verzweifelten Anstrengung, bei der sie die besten Truppen, die ihnen noch verblieben sind, vergeblich verbraucht haben werden, wird den Aufbruch ihres Zusammenbruchs bedeuten. Ganz Frankreich blickt auf uns. Noch einmal erwartet es, dass jeder seine Pflicht bis zum letzten Tag.

Der Kommandierende General der II. Armee. Betain.“

Die Ereignisse haben dem französischen 33. Infanterie-Regiment, an das sich der Befehl wendet, folgendes Schicksal beschert: Am 3. und 4. März kämpfte es um das Dorf Douaumont. An beiden Tagen erlitt es starke Verluste. Die Gefangenen zeigten eine verzweifelte Stimmung und klagten über Führung und Verpflegung. Die Zahl der Gefangenen des Regiments erhöhte sich am 5. März auf 24 Offiziere und 874 Mann. Der anfeuernde Befehl des Armeeführers, der sich nicht scheut, mit einem natürlich nie erlassenen Aufruf des Kaisers zu arbeiten, hat das Regiment also nicht zum Siege geführt.

Ein neuer Luftschiffangriff auf England.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Berlin, 6. März. (W. V. Amtlich.) Ein Teil unserer Marine-Luftschiffe hat in der Nacht vom 5. zum 6. März den Marinestützpunkt Hull am Humber und die dortigen Anlagen ausgiebig mit Bomben bedorfen; gute Wirkung beobachtet. Die Luftschiffe wurden heftig, aber ohne Erfolge beschossen. Sie sind sämtlich zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Engländer spielen bei ihrer Berichterstattung wieder etwas Verstecken. Ihr Kriegsamt teilt mit, dass, wie man glaubt, drei Zeppeline an dem gestrigen Angriff auf England teilnahmen. Nachdem sie die Küste überflogen hatten, schlugen sie verschiedene Richtungen ein. Man habe den Eindruck gehabt, dass sie offenbar im Unklaren waren, wo sie sich befanden. Das heimgesuchte Gebiet sei Northfolke, Lincolnshire, Rutland, Gwent, Cambridge, Norfolk, Essex und Kent gewesen. Im ganzen seien ungefähr 40 Bomben abgeworfen. „Soweit bekannt“, seien drei Männer, vier Frauen und fünf Kinder getötet, 33 Personen verwundet. Ferner seien zwei Häuser zerstört, ein Bureau, ein Gasthaus, ein Kaffeehaus und verschiedene Bäder teilweise zerstört und ein Block von Armenhäusern erheblich beschädigt. Die geflüchtete Ueberlebende jeder militärischen Art, die getroffen worden sein könnte, zeigt die irreführende Absicht des englischen Berichts nur zu deutlich.

Vom Seekrieg.

Das englische Staunen über die „Röbe“.

Der Londoner „Daily Chronicle“ stellt in einem Leitartikel die Frage, ob die „Röbe“ wirklich mit Beute nach Deutschland zurückgekehrt sei oder ob der amtliche deutsche Bericht nur eine flüchtige Erwähnung sei, um die Engländer zu veranlassen, die Jagd auf das Schiff auf offener See aufzugeben. Dies letztere erweise dem Worte wahrscheinlicher. Der „Daily Chronicle“ fügt hinzu: Wenn es ein Offizier der „Röbe“ wirklich gekehrt ist, das Schiff zurückzubringen, würden sie tatsächlich das Eiserne Kreuz verdient haben.

Die Angriffslust der bewaffneten Handelschiffe.

Der französische Senator Serry Borenger schreibt in seiner Zeitung „Action“ vom 22. Februar, dass die Verhaftung der Handelschiffe die Sicherheit besser verbürge als die Begleitung durch Torpedoboote. Selbst unter dem Schutz von zwei Torpedobooten seien Handelschiffe durch Unterseeboote versenkt worden, dagegen könnten sie mit eigenen Geschützen auf eine Entfernung von 2 Kilometer den Kampf gegen ein Unterseeboot aufnehmen und dies verjagen oder vernichten. Der Angriff habe sich auch in diesem Falle als der Abwehr überlegen gezeigt. Aufgabe der Torpedoboote sei es, die Unterseeboote in ihren Zufluchtsstätten aufzusuchen, die Aufgabe der Handelschiffe aber, so lange wie möglich eine große Geschwindigkeit zu entwickeln, und wo das nicht möglich sei, die Geschütze zu gebrauchen, mit denen sie ausgerüstet seien.

Der französische Senator ist also keinen Zweifel darüber, dass er die Geschütze der Handelschiffe als Angriffswaffe auffasst.

Die englische Schiffahrtsnot.

In der Jahresrechnung der Londoner Schiffahrtskammer machte der bekannte Schreieder Sir Walter Runciman einige Feststellungen, die die „Times“ als eine nervöse Entgegnung betrachtet. Runciman sagte nämlich:

„Wenn die Regierung noch ein halbes Duzend Schiffe requiriert, so gehen die Raten von 60 auf 90 Schilling hinauf. Wir stehen vielleicht, ohne daß wir es merken, vor einer großen finanziellen Katastrophe, und ich wünsche wohl, wir könnten es dem Publikum klar machen, wie groß die Gefahr ist, weil wir nicht imstande sind, rasch die genügende Anzahl Schiffe herzustellen.“

In diesem Augenblick wurde Runciman durch den Präsidenten der Versammlung mit der Bemerkung unterbrochen, daß kein Grund zu Befürchtungen vorliege, es könne ein nationales Unglück eintreten, aber alles, was ein Mann von der Stellung Runcimans sage, würde dem Feinde überbracht werden.

Opfer des U-Bootskriegs.

Woods meldet, daß der britische Dampfer „Majunda“ versenkt wurde. Die Besatzung wurde gerettet.

Die Beschlagnahme der schweizerischen Post.

Um die schweizerische für Amerika bestimmte Post nicht der Öffnung und Beschlagnahme auszuliefern, die sie vielfach auf dem Wege über Frankreich und England erfährt, leitet die schweizerische Postverwaltung, wie sie in ihrem Geschäftsbericht für 1916 mitteilt, geschlossene Briefkästen für Nord- und Südamerika neuerdings auch über Deutschland und die Niederlande. Diese Briefkästen unterliegen auf deutschem Gebiet keiner Zensur, werden aber allerdings durch englische Schiffe auf hoher See durchsucht. Soweit die Postverwaltung Kenntnis erhielt, haben allein die französischen Militärbehörden an Sendungen von und nach der Schweiz 23 791 eingeschriebene Briefe und 100 Wertbriefe im Werte von 65 800 Franken zurückgehalten.

Die Geschlechtskrankheiten in England.

Die königliche Kommission, die eingesetzt worden war, um die in England überhand nehmenden Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen, schlägt strenge Vorschriften vor. Es soll Personen, die mit einer geschlechtlichen Krankheit befallen sind, das Geheime verboten werden. Eben, in denen der eine oder andere Teil geschlechtskrank ist, sollen für ungültig erklärt werden, ohne daß jedoch die Kinder illegitim werden. Die Ärzte sollen die Pflicht haben, den Eltern Mitteilungen von Krankheitsfällen zu machen, damit die Heirat entweder verhindert oder wenigstens verschoben wird. In Fabriken, Arbeitsstätten und in allen Versammlungen soll aufklärend gewirkt werden. Die marktfeiereiartigen Andeutungen sollen verboten werden. Meer und Flotte sollen ebenfalls aufklärt und auf die schädlichen Gefahren syphilitischer Krankheits hingewiesen werden.

Sämtliche Blätter befaßen sich mit diesem Bericht. Die „Daily Mail“ erklärt sich mit Nichtsahnendheit für Eben in dem angegebenen Falle einverstanden. Die Sterblichkeitsziffer in England in den oberen und mittleren Klassen betrug laut von 1000 Erkrankungsfällen. In zehn Jahren nahm die Anzahl der Anstufungsfälle um 833 Prozent zu. Die „Daily News“ sagt, der Ernst der Verhältnisse zeige sich schon darin, daß nach den Einschätzungen mindestens 10 Prozent der Bevölkerung geschlechtskrank sei und die weitestgehende Anzahl der Fälle sei schwerer Natur. Auch die „Daily News“ erkennt an, daß die Nichtsahnendheit für Eben bei Syphilitis-erkrankung vom Publikum wohl allgemein aufgefaßt werde. Trotz der außerordentlichen Verachtung, die man in England allen deutschen Fabriken entgegenbringt, steht sich die „Daily News“ doch zu dem Verständnis genötigt, daß dank der Entdeckung der Wassermannschen Probe und des Salvarsans des Dr. Ehrlich die Diagnose und die Syphilitis-erkrankung in den letzten Jahren geradezu revolutioniert worden sei. „Daily News“ empfiehlt sogar, daß Salvarsan auf Staatskosten angeschafft werden müsse.

In Deutschland kann man sich an leitender Stelle noch nicht einmal zur Einführung der Anzeigepflicht, geschweige

dem zu weitergehenden Maßregeln entschließen. Dabei steht jetzt im Oer doch der größte und kräftigste Teil der deutschen Männerwelt unter der Anzeigepflicht. Es wäre also ganz leicht, diese Regelung in den Friedenszustand für die gesamte männliche und weibliche Bevölkerung herüberzunehmen.

Giasko der italienischen Nationalanleihe.

Bern, 6. März. (W. S. R. R. R.) Hier wird bekannt, daß das wirkliche Ergebnis der dritten italienischen Nationalanleihe 1700 Millionen Lire beträgt, wovon 1200 Millionen Lire Darlehnungen sind. Da die italienischen Kriegskosten zurzeit monatlich circa 650 Millionen Lire betragen, bedeuten die neuen Mittel also knapp den Bedarf von zwei Monaten. Bekanntlich mußte die Zeichnungsfrist der Anleihe von ursprünglich vier Wochen auf sieben Wochen verlängert werden, um ein einigermaßen günstiges Ergebnis zu erreichen. Die Anleihe brachte also kaum mehr neues Geld, als während ihrer Zeichnung durch den Krieg verbraucht wurde.

Die neue deutsche Quittungstempelsteuer.

Der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf eines Quittungstempelgesetzes hat nachstehenden Inhalt:

Dem Quittungstempel sind grundsätzlich unterworfen alle Werturteile, die sich in einer Zahlung ausdrücken, mithin der gesamte Zahlungsverkehr, einerlei, in welchen Formen er sich ausdrückt. Es ist jedoch darauf Bedacht genommen, daß der sogenannte „bargehaltige Zahlungsverkehr“, an dessen Förderung ein gesamtstaatliches Interesse besteht, auch dann durch den Quittungstempel nicht stärker als der Bargeldverkehr getroffen wird, wenn sich ein und derselbe Werturteil in einer Reihe von fortwährender Übertragungen vollzieht. Gegenstand der Besteuerung ist beim Barverkehr die Quittung über die Geldzahlung oder die Tilgung eines Geldschulds, beim bargeldlosen Verkehr im wesentlichen die Bescheinigung über die erfolgte Quittung des übermiesigen Betrages an den endgültigen Zahlungsempfänger. Der Stempel, der bisher eine Sonderbestellung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ausmachte, kommt mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Quittungstempels in Wegfall.

Zwei vom Quittungstempel sind Zahlungen von 10 Mark und darunter. Der Quittungstempel ist als Stempel gebildet; er beträgt 10 Pfg. bei einem Betrage von mehr als 10 und nicht mehr als 100 Mark, 20 Pfg. bei Beträgen von mehr als 100 Mark. Abgesehen von Zahlungen bis zu 10 Mark sind eine Reihe von Zahlungen vom Quittungstempel freigestellt, teils zur Vermeidung einer doppelten Besteuerung, teils in Rücksicht auf die glatte Abwicklung des Zahlungsverkehrs, teils aus Erwägungen sozialer Natur. In letzterer Beziehung kommen vor allem folgende Steuerbefreiungen in Betracht: Arbeits- und Dienstlohn, Gehalt oder sonstige Dienstbezüge oder Aufwandslohn sowie Wägen, Wägen und Gütergeld; Zahlungen auf Grund der Reichsversicherung, Zahlungen auf Grund einer gesetzlichen Unterhaltspflicht sowie Unterhaltungen, Auslagenersatz und ähnliche Zahlungen aus öffentlichen oder aus privaten, nicht auf Gewinn der Unternehmer berechneten Kassen und Anstalten; Zahlungen für Wohnungsmiete, sofern der Mietzins, auf das Jahr berechnet, 300 Mark nicht übersteigt.

Für alle Zahlungen wird der Quittungstempel eingeführt. Der Quittungstempel greift nicht Platz für diejenigen Zahlungen zu, die von öffentlichen Stellen, öffentlichen Anstalten, Almosen, Beiträgen zu Sammlungen für militärische, gemeinnützige und kirchliche Zwecke, ebenso nicht für Geldzahlungen zwischen Familienangehörigen.

Der Wechselstempel, der vom Wechsel als einem Kreditinstrument erhoben wird, bleibt vom Quittungstempel unberührt. Dagegen soll der Wechselstempel, wie erwähnt, nunmehr aufgehoben werden. Wenn Wechsel oder Schecks oder dergleichen Werturteile in Zahlung gegeben werden, so ist hierüber eine bescheinigte Quittung in gleicher Weise wie bei der Bargzahlung auszustellen. Dagegen soll die Einföhrung eines Wechselstempels gestoppt sein; desgleichen die Einföhrung eines Schecks, soweit sie durch Güterkraft, also unter Vermeidung der Vorauszahlung erfolgt.

Gänzlich unberührt vom Quittungstempelgesetz bleiben die Zahlungen im Zahlungsverkehr der Post, also die Postanweisungen, Postanordnungen, Postauftragsverträge und die Einföhrung des Zeitungsgeldbezugs, sowie die Zahlungen, Guthaben und Lastschriften im Wechselverkehr, endlich die Zahlungen von Gehältern des Post-, Reichs-, Telegraphen- und Fernsprechnetzes. Die Heranziehung zu einer steuerlichen Belastung soll hier durch die gleichzeitig vorgeschlagene außerordentliche Reichsbankgesetz erfolgen, die gleichzeitig mit den Post- und Telegraphengesetzen nach den für diese geltenden Vorschriften erhoben werden soll.

Griechenland ist diese Grenze äußerst gefährlich. Trotzdem wird ihre Unverletzlichkeit peinlich gewahrt.

In diesem Kriege gibt es mancherlei neutraler Grenzposten. Am Rode von Belfort an der Schweizer Grenze, wo die Granaten hart an der neutralen Zone entlang pfeifen. In der belgisch-holländischen Grenze, wo das Nachschiff von Wiffingen eifertüchtig auf jeden Flieger laßt, der seine Kreise zu nahe an Walcheren zieht. Bei Verclara an der rumänischen Grenze, wo von den waldigen Bergen die gelben Schützengräben auf unsere Donauschiffe blicken, die Getreide aus der Walachei nach Westen schleppen. Aber keine Grenze ist heute so trübselig voll von Fragen und Rätseln, wie die griechische hier um Salonik. Ist es eine englisch-französische Grenze oder eine griechische, und wie lange ist es überhaupt noch eine Grenze? Nirgends fühlt man härter und klarer die Tragödie, die das Recht in diesem Kriege erleidet, als hier. Diesseits und jenseits des Raimafschalan liegen fürstliche Heere — jeden Augenblick bereit, sich rücksichtslos aufeinander zu stürzen — einzeln den großen Urgefehen des geschichtlichen Verberns gehorchend. Und dazwischen läuft die unsichtbare heilige Linie, die das Recht eines schwachen Dritten vertritt — umspielt von der Woge aller Grenzen und von all den Normalitäten, die ihr nach dem Völkergesetz aufkommen. Heute noch heilig, morgen vielleicht durchbrochen, durchlöchert von tausend heulenden Geschossen, unkenntlich im Rauch der Gewalt.

Von Monastir bis an die griechische Grenze sind es vierzehn Kilometer. Die Landstraße ist gut. Mit dem Auto fährt man 15 Minuten. Querst geht es längs der Eisenbahn. Der Bahnhof von Monastir liegt weit und friedlich da. Der Krieg hat ihm nichts angetan. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, führe die Bahn heute vielleicht schon weit über Monastir hinaus, bis Brüssel und Grabsko, wo der Schienenstrang des Wardartals erreicht werden sollte. Aber auch so hat diese Bahn, bis das Salonik-Problem aufklaute, großes geleistet. Sie hat Süd-mazedonien vom Meere her verproviantiert. Bevor der Verkehr durch den Druck der Entente eingestellt wurde, lebte man in Monastir wie in einer großen europäischen Stadt. Und unsere Soldaten tranken hier bis vor kurzem gutes Saloniker Bier.

Die Straße nach Florina führt durch das Sumpfigebiet der Cerna Reka, die sich durch die Vorberge des Raimafschalan hindurch zum Wardor windet. Dieser Fluß ist aus den ersten

Zum Tabaksteuerentwurf

schreibt Genosse Vollenbruch, der bekanntlich selbst Tabakarbeiter war, in Zusammenfassung seiner bisherigen Erfahrungen: „Die Werkssteuer hat 1912 dem Reichsfiskus zwar 80 Millionen Mark gebracht, aber mehr als die Hälfte dieser Summe ist von Arbeitern und Kleinunternehmern als Verluste getragen.“

Ein neuer Grund für den geplanten Angriff auf die Tabakindustrie ist in der Veröffentlichung der Vorlagen angeführt. Es heißt dort: „Eine gewisse Verringerung des Verbrauchs von ausländischen Tabaken wäre, selbst auf die Gefahr einer Verringerung des Steuerertrages hin, unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung unserer Zahlungsbilanz und Wahrung durchaus erwünscht.“ Also um die Zahlungen an das Ausland zu verringern, soll auch ein Teil der inländischen Industrie zerstört werden. In diesem Falle werden, um einen Pfennig für Zahlungen an das Ausland zu sparen, die Arbeiter um mindestens 4 Pfennig geschädigt. Denn von dem Lohnpreis der Arbeiter kommen noch nicht 20 Prozent Ausgaben für Tabak ins Ausland. Mehr als 80 Prozent sind Ausgaben für Steuern, Arbeitslohn, Speise der Fabrikanten und Händler, Unternehmerngewinn usw. Ausgaben für Tabak und Arbeitslohn und Gehälter für Arbeiter und Angestellte werden sich auf gleicher Höhe halten. Für jede Million Mark, die weniger an ausländischem Tabak eingeführt wird, werden 1600 Tabakarbeiter ihren Arbeitsverdienst verlieren. Jeder Pfennig, der in Zahlungen an Ausland gespart wird, muß mit 4 Pfennig Verlust für Tabakarbeiter, Fabrikanten und Händler bezahlt werden. Das ist eine Wirtschaftspolitik, die mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden muß.

Keiner der Vorgänger Vollenbruchs hat einen so unglücklichen Zeitpunkt für die Einführung seiner Tabaksteuerentwürfe gefunden wie er. In fast allen größeren Orten haben sich Gesellschaften zur Hilfe für die Kriegsbetroffenen gebildet, um für die unglücklichen Opfer des Krieges eine Erwerbsarbeit zu finden. Wird ein Mensch an den Beinen schwer verletzt, dann sagen die Ärzte, daß er noch als Zigarrenarbeiter arbeiten kann. 1911 fanden denn auch viele Kriegsbetroffenen in der damals aufblühenden Zigarrenindustrie lohnende Beschäftigung. Auch jetzt werden an vielen Orten die Fürsorgekomitees mit der Unterbringung solcher Kriegsbetroffenen in der Tabakindustrie beschäftigt haben. Hat eine Annahme der neuen Vorlage auch nur jene Wirkung, die 1909 die Einführung der Werkssteuer hatte, und werden also nur, wie damals, ungefähr 10 000 Arbeiter aus den Großbetrieben herausgedrängt und zahlreiche Kleinbetriebe völlig gerichtet werden, dann ist damit zu rechnen, daß kein einziger Kriegsbetroffener in dieser Industrie untergebracht wird.

Am besten wäre, wenn die Regierung diesen Gesetzentwurf erst gar nicht an den Reichstag brächte. Kommt er an den Reichstag, dann mag dieser den Entwurf so behandeln, wie er 1892 Richard von Cramm's Entwurf und später die Entwürfe des Grafen v. Helldorf behandelt hat, das heißt, ihn schleunigst in den Papierkorb verschwinden lassen.

Christliche Ausnutzung des Parteifreits.

Aus den Schützengräben wird als Dokument von der Art, wie die Zeitung des christlichen Metallarbeiterverbandes „Luftrichter“ arbeitet, ein Briefurkunde, das Josef Luftrichter, Düsseldorf, Luftrichterstraße 37 (Stz des christlichen Metallarbeiterverbandes) unterschrieben hat. Darin heißt es:

„Die so unsere Feinde, bald unter sich an zu kneten können, so hat's die deutsche Sozialdemokratie schon begonnen. Dort verheut man sich, daß die Feinde fliegen. Statt Klassenkampf hat man den Feindkampf auf die Bahn geschoben und trägt diesen Kampf mit den besten Waffen, wie es ja immer Sitte bei diesen Feinden war, aus. Man kämpft da nicht mehr auf der Woge, nein, in der Woge wälzen sich die Feinde und Brüder von gestern. Es ist ein Schandspiel für Brüder. Leider gibt's auch noch Arbeiter, welche durch Annahme von Resolutionen zugunsten der Feinde der Partei und Parteibeschwerden diesen Feinden unterliegen. Dazu gehören auch die Feinde aus Düsseldorf, und die Summen, die hier gemacht werden, werden auch die Parteialter Genossen nicht schaden lassen. Also: Auf in den Kampf zur eigenen Selbstverteidigung, anders ist eure Bewegung nicht mehr wert! Die christlich-nationale Arbeiterpartei hält die Treue, braucht dieselbe nicht zu revidieren. Die Grundzüge unserer Bewegung gelten immer, stehen unverändert fest, und durch dieselben suchen wir Anerkennung und Gleichberechtigung, politisch wie wirtschaftlich, für die gesamte Arbeiterklasse. Soll und dieser Kampf nicht erzwungen, soll den Reaktionen nicht neues Wasser auf ihre Mühlen gegeben werden, so muß die Sozialdemokratie in ihrer alten Form verschwinden. Ihre unparteiliche und antireligiöse Haltung aufgeben, als bürgerliche Reformpartei mitwirken am großen Reichsgebäude. ... So sehen wir unsere Feinde als (christliche) Genossen vor uns. Wir müssen diesen Feinden gewinnen und an uns ziehen. Dazu muß jeder Soldat mitwirken. Daß wir da auf Deine Mitarbeit innerhalb unserer Bewegung rechnen, brauche ich

kämpfen von Salonik bekannt. Vor dem französisch-englischen Rückzug bildete sein Lauf die Linie der feindlichen Stellungen. Hier auf der vorderen Linie steht er trüg und unter Bildung von vielen Teichen und Tümpeln dahin. Dieses Sumpfabiet der Cerna Reka ist in der warmen Sommerzeit ein gefährdeter Herd einer nicht lebensgefährlichen, aber doch unheimlichen Malaria. Heute freilich sind die Tümpel morgens und abends noch mit Eis bedeckt und in der Mittagssonne wiegen sie die bis weit unten mit Schnee verhangenen Berge wider, die diese Hochebene einschließen.

Zwei Kilometer vor dem Dorfe Regorioni, da wo links ein Seitenweg nach Meschabit abweicht, liegen die letzten bulgarischen Posten. In einer elenden Strohhütte haust hier ein Wache unter Führung eines Offiziers, der den wärschen Grenzverkehr ziemlich scharf überwacht. Hundert Schritte weit ist die Chauffee durch ein paar umgestürzte Feldbahnwagen verperrt. Hier steht ein bulgarischer Soldat störfelnd ei geküßt in sein Schafell — der allerletzte Repräsentant d Mittelmächte in dieser Himmelsrichtung. Ohne viel Scheu reiten wir weiter. Die Barriere wird geöffnet, wir stehen nun in der „neutralen Zone“ in einem circa 2 Kilometer breiten Streifen zu beiden Seiten der griechischen Grenze, den gemäß eines Abkommens kein Soldat der kriegführenden Mächte betreten darf. Zu Fuß wandern wir weiter. Die Gegend ist öde. Vor uns tauchen die ersten grauen Mauern von Regorioni auf. Das merkwürdige Gefühl aller Grenzwanderer meldet sich. Sind wir schon in Hellas? Nein, Grenzpfahl ist zu sehen. Die Linie, die unsere Karte angibt, hat sich als ganz falsch herausgestellt. Wir blicken zurück. Der bulgarische Posten steht mitten auf der Straße wie ein schwarzer Wackel — ganz klein. Ringsum ist kein Mensch zu sehen. Wir wandern weiter. Scherze werden laut. Wandern wir in die Höhle des Löwen? In Florina sollen englische Offiziere sitzen. Vielleicht auch schon in Regorioni? Wir malen uns aus — abgeführt nach Salonik, nach Toulon, nach London. Da wird es plötzlich an den Mauern des Dorfes lebendig. Leute laufen hin und her. Drei Gefallen lösen sich ab und kommen auf uns zu. Wir betrachten sie durch unsere Gläser. Es sind drei griechische Soldaten.

Wir waren über eine Stunde mit ihnen zusammen. Wir durften bis an den Eingang des Dorfes weiter nicht. Es waren ein Duzend Soldaten etwa, ein Sergeant und ein Offi-

Genilleton.

An der griechischen Grenze.

Monastir, den 24. Februar.

Wenn man in Friedenszeiten von Salonik aus die zweite Kampfslinie Mazedoniens, Monastir, besuchen wollte, so war das Ziel in acht Stunden bequem zu erreichen. Die kleine deutsche Flecke zu verdankende Eisenbahn verkehrte täglich zweimal zwischen beiden Städten. Und auch der Güterverkehr zwischen der Hauptstadt und der reichen fruchtbaren Ebene von Velagonia war, zumal in den letzten Jahren der türkischen Herrschaft, erfreulich gestiegen.

Eigentlich liegt nur ein einziges Gebirge zwischen beiden Städten. Wenn man in den Golf von Salonik einfährt, glänzen im nordwestlichen Hintergrunde die weißen Gipfel des Raimafschalan (2525 Meter). Wenn man von Monastir nach Südosten sieht, ist es der Raimafschalan, der den Rest von Velagonia abschließt. Die deutschen und französischen Soldaten sehen täglich denselben Berg, über dessen Spitze die heute noch heilige Grenze führt.

Die Eisenbahn durchquert den Gebirgszug auf Umwegen. Sie durchschneidet von Salonik ausgehend zunächst die Küstenebene der Kampania, fließt dann über Klauia die Vorberge hinan bis Vodena — hier beginnt die bulgarische Bevölkerung —, durchschneidet das Seendell von Ostrowo und fällt nach Ueberwindung eines Sattels (709 Meter) über die griechische Grenzstadt Florina hinab in die Ebene von Monastir. Die politische Grenze zwischen Griechenland und Serbien, wie der Friede von Bukarest sie hier schuf, ist dem nördlichen Grenzgebirge zweifellos ungünstig. Die Masse der mazedonischen Slawen, auf deren Angehörigkeit Bulgaren und Serben gleichermaßen Anspruch erhoben, hat ihre Sprachgrenzen seit langem bis tief ins Küstenland hinabgeschoben. Ethnologisch müßte die Grenze ein gut Stück südlicher verlaufen. Aber auch strategisch ist sie ungünstig. Während sie sonst im großen die Linie des Gebirgszuges innehält, fällt sie an dieser Stelle tief in die Ebene von Monastir hinunter. Zwischen Griechen und Serben mochte das gleichgültig sein. Zwischen Bulgaren und einem von der Entente okkupierten

Nummer 56
nicht befe
gehen, u
Herbando
M
Sofula
halb der
differen
kennung
führen
diese S
Wu
Ju
auf der
besther
zum 19
1892 B
schwer,
1800 M
geschäft
dem ein
Trophäe
Angehe
Im
Rachib
Gefecht
lediglich
sprechen
Dem
Deutschl
900 Bille
Am
Genosse
hüne",
hermann
Kußland
wurde.
Dreht hin
Der
durch die
Wer hat
Gefechte
bis zu je
Das
„Vetti Bo
bei Sal
gebung u
Fingertun
ten ein
Steinbild
geteilt.
noten en
Hilfte ge
lehte ge
Laut
Holla-Be
Bulberich
bedeutend
sollen nicht
Dona
familie
Staats
Kraut,
noch Bar
Die
Plafat
stehend a
Aus
rungs
genommen
Erster
des Geis
Er
vom 20.
Militärp
Judenben
zier. N
ein po
— alles
derien w
sie und
in eine
einen so
aus einer
war. S
oder auch
Zuer
viel Ken
sie nach
Sollen m
ihnen vo
Weltfried
genau. A
was sie
eines bis
noch so
da drübe
Wir kam
„Wir stel
weil uns
Deutschla
wachsen
Rumänie
hüßlich
drücklich
deizig
Deutschla
le reine
Monate
Sie erw
sie nicht
Das
Salonik
an Dible
auf einer
fache W
gehör
schädi

nicht besonders zu betonen, das muß die in Fleisch und Blut übergehen, und schon heute muß die den Vorschlag fassen: alles dem Verbande zu widmen.“

Alle Genossen können an diesem Beispiel sehen, welche Spekulationen unsere politischen Gegner auf den Amst innerhalb der Sozialdemokratie gründen. Daß unsere Meinungs-differenzen in laienmäßigen Formen und unter Anerkennung des guten Willens auch beim Andersdenkenden zu führen sind, sollte jeder zur Richtschnur nehmen. Dann sind diese Spekulationen für die Stat.

Wucheranzeige gegen den Rittergutsbesitzer.

Zu heftigen Szenen kam es in der vergangenen Woche auf dem Schloßhofe in Breslau, wohin ein Rittergutsbesitzer, Dr. Heinrich Knopff aus Quallau drei Bullen zum Verkauf halbe treiben lassen. Er forderte für den ersten 480 Pfund schwer, 1240 Mark; für den zweiten, 960 Pfund schwer, 1820 Mark und für den dritten, 860 Pfund schwer, 1600 Mark und erhielt auch das Geld. Als jedoch das Wucher-geschäft bekannt wurde, geriet er in Schwierigkeiten und zahlte dem einen Käufer 258 Mark, dem anderen 50 Mark zurück. Trotzdem ist gegen den Herrn, der 180 Hektar Land besitzt, Anzeige wegen Wuchers erstattet.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Im Anschluß an die vom Bundesrat über das deutsche Nachschubverbot erlassene Verordnung ist ein vorläufiger Gesetzentwurf aufgestellt worden, der nach verschiedenen Mängeln schließlich mit Verträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beiproben wurde, um deren Wünsche kennen zu lernen.

Dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge dauert der Auszug der Deutschen aus Libanon an. Der deutsche Konsul hat 800 Wilkett nach Beirut für seine Landsleute geschickt.

Am Freitagabend starb im Diakonissenhaus zu Halle a. d. S. Genosse Franz Philipp, Redakteur der „Meißnerischen Tri-büne“, in Halle. Ende 1914 war er als ungedienter Land-sturmman eingezogen worden; er machte den Sommerurlaub in Russland und die Herbstferien in Serbien mit, wo er verwundet wurde. Im Lazarett in Halle trat ein schwerer Entzündung der Brust hinzu, die zum Tode führte.

Der Kakaovertrieb in Deutschland darf nur noch durch die in Hamburg errichtete Kakaogeschäftsgesellschaft erfolgen. Wer Kakaos einführt, muß ihn gegen angemessenen Preis dieser Gesellschaft übergeben. Rundverhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Genf: Nach dem vom „Petit Parisien“ über die Explosion eines Pulverdepots bei Saint Denis (Paris) veröffentlichten Bericht hat die Umgehung von Fort Double-Gouronne ein Schauspiel der Verwüstung, eingestürzte Häuser, entzündete Bäume, große Steinblöcke bis hin zu einem Chaos. Ein Zeitungsfabrikant wurde von einem mächtigen Steinblock durchschlagen, die Zeitungsvorrichtung auf der Stelle getötet. Zahlreich Spaziergänger wurden verwundet, einige getötet. Das Unglück ist durch die Explosion einer Riste mit Granatstoffen entstanden, welche die in den Kellern liegenden Granat-stoffe entzündeten. Bis jetzt wurden 45 Tote und 200 Verletzte geborgen.

Paul „Kowalewski“ hat sich am Sonntag früh auch in den Kalk-Berflüssen bei Saint Marcel in Savoyen, die zur Pulverfabrikation dienen, eine große Explosion ereignet, die bedeutenden Schaden angerichtet hat. Verluste an Menschenleben sollen nicht zu beklagen sein. Der Feind mußte einstecken werden.

Savoy meldet aus Bardonecchia: Die montenegrinische Herrscherfamilie wird hier am Mittwoch ankommen. War Lyon als Staatsgefängnis nicht sicher genug? Oder braucht Bardonecchia eine Kerkel, die ein blickender den Abgang der französischen Regierung nach Paris ereignet?

Die Londoner „Daily Mail“ kündigt die Besteuerung von Plakaten und Eisenbahnfahrkarten als bevorstehend an.

Aus Shanghai wird gemeldet: Die chinesischen Regierungstruppen haben das Volk der Mandschen, Sutsu, eingenommen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 6. März.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die

Ergänzung des Knappschafts-Kriegsgegesetzes

vom 20. März 1915. Nach § 8 des Knappschafts-Kriegsgegesetzes dürfen Militärentschädigungen, die aus Anlaß des Krieges geschahen, auf Invalidenpensionen nicht angerechnet werden. Diese Bestimmung

soll folgenden Zusatz erhalten: „Ebenso wenig dürfen Militär-Entschädigungen, die aus Anlaß des Krieges geschahen, auf die Pension der Witwen und die Beihilfen zur Erziehung der Kinder angerechnet werden.“

Die Sozialdemokraten beantragen, § 8 dahin zu ändern, daß Militärentschädigungen überhaupt auf Invalidenpensionen nicht angerechnet werden.

Berichterstatter Wg. Schrader (freik.) befragt eine Resolution der Kommission, in der die Regierung um geschäftliche Vorschläge zur Verschmelzung der preussischen Knappschaftsvereine zur Sicherstellung ihrer Leistungsfähigkeit ersucht und auf die Bildung eines knappschaftlichen Bundesverbandes Bedacht genommen wird.

Geheimrat Neuf: Die Regelung der Nachsicherung der kriegsgetrauten Knappschaftsmitglieder hängt in erster Linie von den Bedingungen der Knappschaftsvereine ab. Bei dem Versuch, die preussischen Knappschaftsvereine zu einem Bundesverband zusammenzufassen, ergeben sich große Schwierigkeiten.

Der Berichterstatter und die Resolution der Kommission werden angenommen. Der sozialdemokratische Antrag ist zurückgezogen. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Etatsberatung.

Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Wg. Schrader (freik.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Die Sozialdemokraten beantragen, daß die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Bergarbeiter nur dann zugelassen werden soll, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind.

Wg. v. Cassel (kons.): Der Vorschlag ist nicht in günstiger Lage. Innerhalb dürfen wir einen Ueberblick erwarten. Zeitweilig ist die Kohlenversorgung knapp gewesen. Die Kleinbändler trifft keine Schuld an den hohen Preisen. Die Lage des Kohlenbergbaues ist überaus trübe wegen Mangels an Arbeitskräften und Ausfuhrmangel. Wenn aber Kohle ausgeführt wird, so muß verhindert werden, daß es anderen Ländern Nutzen kann.

Wg. Brühl (zent.): Mit einer mäßigen Erhöhung des Kohlepreises sind wir einverstanden, da die deutsche Landwirtschaft sie tragen kann. Mit einer Ausbeutung des Ausfuhrverbots für Kohle sind wir nicht einverstanden.

Wg. Borsier (freik.): Der Vorschlag unserer Kalkindustrie muß abgelehnt werden. Dem sozialdemokratischen Antrag können wir nicht zustimmen. Alle Kräfte müssen angespannt werden zur Aufrechterhaltung unserer Bergbaubetriebe.

Wg. Dr. Ehlers (fortsch. rpt.): Mit der vorläufigen Etats-aufstellung sind wir einverstanden. Der Etat ist aber so vorläufig, daß wir sicher eine angenehme Enttäuschung erleben. Das Kohlen-gesetz wird sich weiter leben. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbetrieben hat sich unser Bergbau geradezu glänzend bewährt.

Handelsminister Dr. Söbom: Das Ergebnis der ersten Dreimonatsperiode des Etats ist um 1,8 Millionen gegen die Etatsansätze zurückgefallen. Es werden erhebliche Aufwendungen für die Familien der Kriegsteilnehmer gemacht. Die sozialdemokratischen Antrag sollte abgelehnt werden. Wir können auf leichte Arbeit weiblicher und jugendlicher Arbeiter in Berg- und Hüttenwerken nicht verzichten. Die Bergwerksverwaltung wird darauf Bedacht nehmen, daß die hygienischen Anforderungen für diese Arbeiter berücksichtigt werden.

Wg. Dure (soz.): Bis auf den Kalkbergbau prosperiert der Bergbau durchaus. Die Kalkindustrie befindet sich aber schon vor dem Kriege in schwieriger Lage; nach während des Krieges sind neue Werke entstanden. Es wäre Zeit, daß die Regierung im Interesse der Industrie hier einschreite. Ueber die Hälfte der Werke ist überflüssig. Wie die Dinge liegen, läßt sich nur durch Erhöhung der Kohlepreise abhelfen. Das liegt auch im Interesse der Arbeiter und schadet der Landwirtschaft nicht im geringsten. Dem Dingen der Kohle nach Überwinden sollte die Regierung sich übersehen. Hier mag sich der Mangel der Kohle geltend machen. Die Kohlepreise sind sehr hoch. Bedenkt sei die Einschränkung der Kontrollität. Die Kohle sind zwar gestiegen, aber nicht im Verhältnis zur Leistung. Ein Tagelohn von 7 Mark für Bergarbeiter mit Harter hat sich in den letzten Monaten um 10 Mark erhöht. Die Steigerung der Kohlenpreise ist grundlos und nicht als eine Beunruhigung zu betrachten. Der Kohlenpreis ist einseitig in den Verhältnissen in den einzelnen Bergwerken. Er hebt besonders hervor den Rückgang der Kohlepreisen Arbeiterlöhne und betont allgemein, es seien die Produktionskosten verhältnismäßig gestiegen. Der durchschnittliche Kohlenpreis beträgt für Dauer und Seehäuser im Ruhrgebiet 7,04 Mark, im Saargebiet 6,54 Mark; aber 70 Prozent etwa dieselbe Menge bleiben unter diesem Durchschnittspreis. (Hört! Hört!) Die Kohle gehen vielfach unter 5, ja bis 3 Mark zurück. Für Unter-tagearbeiter und erkrankte verheiratete Ober-tagearbeiter in Klasse II werden Löhne von 8,00 bis 4,80 Mark gezahlt. Ueber 60 Prozent der gesamten Bergarbeiter erhalten nicht einmal den Lohn von 5 Mark pro Tag. Ueber 80 Prozent der Bergleute haben unter 7 Mark Lohn pro Tag, während doch 7 Mark bei den heutigen Lebensmittelpreisen für einen Familienhalter als außerordentlich niedriger Lohn zweifellos zu bezeichnen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte daher endlich daran-gehen, die Löhne soweit zu erhöhen, daß wenigstens einigermaßen

ein Ausgleich für die Verteuerung der Lebensverhältnisse eintritt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn 80 Pfennig Kinder-lohnzulage gewährt worden ist, so werden sie ja allein schon durch die Kohlepreiserhöhung wieder weggenommen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben bemerkt, daß die Kriegs-notwendigkeiten berücksichtigt; aber eine Schwänke gibt es, über die auf keinerlei Redensarten hinweggehen lassen; das ist die Mühsal auf die Frauen und Kinder. In niedrigeren Löhnen werden heute Frauen in Kalköfen, Holzwerken, beim Heizen usw. beschäftigt, und die Kinderarbeit unter Tage nimmt ständig zu! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der preussische Bergarbeitertag von 1905 hat nach einem Referat des christlichen Sekretärs Effert einstimmig Forderungen erhoben, die durchaus unserem Antrag entsprechen. Warum hat die Regierung darauf nicht gehört und immer mehr Frauen- und Kinderarbeit zugelassen? Ja, Kollege Brühl, kann man da von mir solches Vertrauen zu unerbittlichen Erklärungen des Ministers verlangen? Ich habe in der Kommission einfach die Forderungen des damaligen Kongresses aller Nationen erhoben, warum haben Sie sie abgelehnt? (Wg. Brühl: Weil Sie zu lange geredet haben! — Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja das Neueste! Man hat in der Kommission das all-geringste Maß von Würdigung dafür gehabt und gegen die Fort-schrittler und uns Uebergegang zur Tagesordnung über eine so wich-tige sozialpolitische Erörterung beschloffen! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Hohe Beamte der Bergverwaltung und selbst Unternehmer sympathisieren mit dieser Forderung — und da sollte ich einen solchen Antrag nicht stellen oder ihn zurückziehen! Das kann kein Mensch von mir verlangen. Ist mein Antrag etwa un-möglich in seinem ersten Teil, der zweite Teil ist aber ganz selbst-verständlich! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man behaupten, daß mein Antrag die Betriebe gefährdet? Noch ist die Zahl der Jugendlichen verhältnismäßig gering, aber ihr Wachsen muß verhindert werden. Der Antrag zielt auf Mutter- und Kinderarbeit, nicht auf Verdrängung der Kriegsnachschub-kräften. Legitim wurde hier über die geringere Geburtenzahl und höhere Sterblichkeit der Industriebevölkerung geklagt. Diese Ver-handlung müßte als letzte Diskussion erscheinen, wenn wir hier die Gelegenheit nicht wahrnehmen, gegen klar aufzulegende An-forderungen dieser Entwicklung vorzugehen. Die für die künftige Knapp-schaftsverwaltung steht ausdrücklich die elenden Lebensverhältnisse fest, unter denen die Arbeiterkinder in Ober-schießen aufwachsen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und Ober-schießen ist in der Frauen- und Kinderarbeit ebenso. Trotz aller vorgebrachten Bedenken bleibt Ihnen also nichts übrig, wenn Sie diese Zustände ändern wollen, als unseren Antrag anzunehmen. (Beifälliger Bei-fall bei den Sozialdemokraten.)

Wg. Hühner (soz.): Das hat ganz im allgemeinen die Wichtig-keit der Durchschnittslöhne betreffen. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Löhne eine ganz erhebliche Steigerung erfahren haben. Die Lebensverhältnisse können nicht so weit, daß sie zu einer Entlastung unserer Arbeiterklasse führen könnten.

Es ist ein Antrag Kronsloh (fortsch. rpt.) und Genossen ein-gegangen, wonach die Regierung ersucht wird, in Erwägung ein-zutreten, ob die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage noch während des Krieges aufgehoben werden kann. Dieser Antrag, sowie der Teil des sozialdemokratischen Antrages, wonach die Beschäftigung von Jugendlichen unter Tage sofort aufzuheben ist, wird abgelehnt. Im übrigen wird der sozialdemokratische Antrag angenommen. Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wird genehmigt.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Landwirtschaftssetat, kleine Vorlagen.

Neues aus aller Welt.

Schiffuntergang vor Südamerika.

London, 6. März. (W. B. Nichtamtlich.) Mondo-meldet aus Santos vom 6. März: Der spanische Dampfer „Principe de Asturias“ ist gestern früh drei Meilen östlich von der Insel San Sebastian auf einen Felsen gelaufen und binnen fünf Minuten gesunken. 86 Mann von der Besatzung und 57 Passagiere sind von dem französischen Dampfer „Bepa“ nach Santos gebracht worden. 338 Passagiere und 107 Mann von der Besatzung werden vernichtet. Der spanische Dampfer „Principe de Asturias“ befindet sich an der Unglücksstelle. Der „Principe de Asturias“ war auf der Fahrt von Barcelona nach Buenos Aires und hatte das Pol-mas am 24. Februar verlassen.

In keiner Arbeiterfamilie darf die Volksstimme fehlen!

kommen. Kein Offizier aus Heerzuzug, sondern das Erziehungs-ergebnis altpreussischer Beamtenkinder. Ihm muß selbstverständlich das Verständnis fehlen für eine Erziehung, die rein durch Liebe und Güte wirken will. Wie unpraktisch ist auch dieser Welt! Ihn helfen, ihm die Augen öffnen, damit er das Verständnisfinden von Göttern und Söhnen erkenne, die Jugendlichkeit seiner Beamten mit hausbackenem Verstand meistern lernen und gegen den Vertreter der Staatsgewalt Lebenslänglichkeit halten lassen: wäre es nicht Wärgerspflicht? Es war wunderbar und groß, wie Bismarck das alte Ideal des Reformers durch seine Unhöflichkeit gegenüber dem gemeinen Leben schimmern in ihm spielen, den unpraktischen Mann am Widerspruch seiner Natur zur gemeinen Wirklichkeit zerschellen und doch im Zuschauer das Prinzip der Güte regreich den Kampf bestehen ließ. Und zwischen den beiden in der Ansicht einer ver-zerrten und strebenden Jugendlingsnatur Herr Brühl als Autor von Heiligt: auch seine Leistung ist normen Dankes wert.

Es war überhaupt eine sehr schöne Aufführung, der wir viele Wiederholungen wünschen. Fel. Schott hat als Reformator zwar nichts Uebertragendes, aber Herr Wendt stellt einen sehr naturförmlichen liebesvollen Studenten auf die Bühne, der Affektor des Herrn Schott war den Probestreitern dieser Beamtenkategorie sein abgeduldet, und der von den Erziehern stammende Fabrikant des Herrn Ansploven war eine gute Leistung. Von den anderen sei Herr Dänchborgs sympathischer Polizeikommissar, Herrn Schö-bachers Rebell und der Wärdmeister des Herrn Schöb genannt. Zuletzt auch Frau Portmann, die bei ihrem ersten Auftreten nach langer Krankheit als mobiles Frauensimmerchen vom Theater großen Beifall erzielte. Der Leiter der Aufführung, Herr Behrens, hat sich besondere Anerkennung verdient wegen der fählichen Auf-machung der Schülereigenen im Väterkeller.

Opervhaus. Nach dem sechsten zweiten Gastspiel von Fel. Schott in der Rauberslöte (Romina) zu urteilen, liegt ihr die weiche Mozartische Melodie weniger gut. Die Stimme sang zuweilen etwas ströbe. Dagegen kamen in der schmerz-lich bewegten Arie „Ach ich fühl's...“ ihre tiefen Gefühls-regungen recht vorteilhaft zum Ausdruck. Sie würde also in dramatischen Partien größeres leisten. Besonders Freunde konnte man an den lauberen Einfällen haben, und an der guten Ansprache, auch im Dialog; vor allem singt sie sehr rein. Im Spiel zeigte sie auch gestern wieder recht schöne Mäße. Fel. Schott wäre wohl als schätzenswerte Ergänzung an unserer Bühne zu begrüßen. Die übrigen Rollen lagen wieder in den bekannten guten Händen, so daß man sich immer wieder an der unvergänglichen Rauberslöte erfreuen konnte.

h-h

ier. Auf der Straße, die hier gut hergerichtet war, standen ein paar Dampflokomo-bilen mit Wägen und Geräterwagen — alles französische Fabrikat. Neben diesen Wägen blau-derien wir — mit Hilfe eines Dolmetschers — über alles, was sie und uns bewegte, über sehr vieles. Sie waren gekleidet in eine mehr altvenetianische als graue Feldgar-nitur, machten einen soldatisch guten und intelligenten Eindruck. Sie reichten uns einen Kognak, der besser als der ferbische und moskowsische war. Sie rebeten und benahmen sich freundlich, ja herzlich, oder auch höflich und taktvoll.

Quert sprachen sie gar nicht über Politisches. Es gab so viel Neugierliches zu sehen und zu bestaunen. Dann fragten wir sie nach den Engländern in Florina. Und dann gab es kein Solten mehr. Sie zeigten sich sehr beifällig. Wir erzählten ihnen von Verdun. Der Offizier konnte die Geschichte unseres Weltkrieges — freilich aus den „Times“ — aber überraschend genau. Wir sprachen von der Lage Griechenlands. Aus allem, was sie sagten, Klang der christliche Schmerz über die Ohnmacht eines bis vor kurzem durch die Erfolge des letzten Krieges noch so stolzen Staates. „Bei uns liegen die Engländer, und da drüben liegt ihr — und wir selber bedeuten gar nichts.“ Wir kamen auf Deutschland und Griechenland zu sprechen. „Wir lieben die Deutschen, aber nicht, wie die Franzosen sagen, weil unsere Königin zufällig eine Deutsche, sondern weil Deutschland der große Feind des Slawismus ist.“ Wir sprachen von Salonik und den Bulgaren; von Italien und Rumänien. Wenn diese paar Leute für die griechische Armee typisch waren, dann ist diese Armee deutschfreundlich, aber deutlich genau nur an griechischem Interesse orientiert, ehe-nig und selbstbewußt und misstrauisch nicht nur gegen Deutschlands Feinde, sondern auch Freunde. Für uns beugen sie keine Bewunderung und meinen, all die Leiden der letzten Monate hätten sie im Grunde Deutschland zuliebe ertragen. Sie erwarten, daß der Krieg für uns siegreich und auch für sie nicht ohne Beugung endet.

Das alles ist sicher nicht weiterwiderstehend. Die Lage von Salonik wird dadurch nicht anders. Diese Reden wurden nicht an Diplomaten gehalten, sondern an einem kolten Februar-tage auf einer — in der Landstraße geführt. Aber es waren ein-fache Leute, die ohne Vorbehalte sprachen. Es waren An-gehörige der Nation, deren tiefste Demütigung die Ge-schichte der Nation niemals vergessen wird. Und es waren

Griechen. Aus ihrer Sprache leuchteten homerische Erin-nerungen auf. Und von dem Gipfel der Berge, an deren Fuß wir standen, konnte man den Damp sehen.

Dr. A. Röhrer, Kriegsberichterstatter.

Frankfurter Theater.

Bismarcks Gastspiel im „Traumulus“.

Der Aufstiegsabend brachte in Besonderen des Schauspielhauses nach den als liegendes Erlebnis wirkenden Genus, den bereicherten Geist als Begegnung eines Dramas des deutschen Nationalismus zu sehen. Bismarck vertritt das manchen zu so etwas wie einem inneren Verständnis zu der Zeit literarischen Schöpfung, deren be-sondener Reiz der Reiz der Zeit ist. Bismarck ist dabei ein Helfer — und die recht viele ganz im Anrecht der Begegnung anwerfen finden, weil der Nationalität der Sadermann und Genossen zur Kunst nur recht entfernte Beziehungen hat. Daß gerade der Nationalismus den seinen Regungen des Seelenlebens nachdrückt, ist bei Holz zu erkennen. Eine tragische Komödie nennen die Verfasser das Stück; wollten sie damit andeuten, daß wie im Leben so im Spiel Empfind-samen und Tunes nebeneinander liegen und Menschenleben zer-schellen können wie alle Töne beim Polterabend; mit Handwurzel und Grimschreien? Der Zusammenhang des hochgeschätzten Ideals mit der gemeinen Wirklichkeit ist jedenfalls in dem Stück so all-täglich-menschlich dargestellt, daß darin nichts literarisch anmutet. Bismarck gab den Genossenschaftsdirektor mit dem Herzen voll Güte und dem weisesten Sinn in der schärfsten Rationalität, was bei ihm, der immer an seinem Besten fest und allmählich erst zur vollen Aus-schöpfung des Geistes kommt, insofern aber, bis er so weit ist, nicht ganz vom Egoismus loskommt, bedeutet: dieser Traumulus und Bismarck sind für die Bühne ein s. genodert. Wer selbst in der Kleinheit gelebt, selbst hat sehen können, wie dort Kleinigkeiten eine Bedeutung für die „Gefellschaft“ haben und aus Kleinigkeiten die in erschütternden Folgen führende Abfälle sich an-spielen, der spürte bei der ersten Begegnung von Bismarck und Aktor, daß der idealistische Aktor, der seine Schule nicht will zur Polizei-mache machen lassen, gegen den forstellen, soll redenden Landrat unterliegen muß. Aber auch der Landrat wird die Wandmarke in die Seele gedrückt bekommen, wie ihn fernere Leben die unter-nachbare und am Ende auch seinem Ansehen als Beamter gefährliche Wunde mitnehmen, den Sohn des einflussreichen Freundes durch bormierte Polizeimannregeln in den Tod getrieben zu haben. Den Landrat gab Herr Pfeil in der Korrektheit und dem Eifer des pflichtgetreuen Beamten, der die Welt der preussischen Amtsdienstschrit anpaßt will; aber natürlich muß in dieser Welt für ihn ein be-sondener Wägen reserviert sein, wo er den Tribut der Achtung seiner Mitbürger entgegennimmt als Abfahrgeld auf die Qual von S. W.; und das leidliche Nachsehen darf auch nicht zu kurz

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Mittwoch, 8. März, 3 1/2 Uhr (Geöffnete Vorstellung für die verwundeten Soldaten der Frankfurter Kasernen): „Peterdons Mondfahrt“. (In dieser Vorstellung findet kein öffentlicher Kartenverkauf statt.) Aufh. Abonn. — 7 1/2 Uhr: „Der Trombadour“. Aufh. Abonn. Kleine Pr.
Donnerstag, 9. März, 7 Uhr: „Die Jüdin“. 19. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Gewöhnl. Pr.

Frankfurter Schauspielhaus.

Mittwoch, 8. März, 7 1/2 Uhr (Kollide-Abend): „Die Herkuppen“. Darauf: „Der eingebildete Kranke“. 18. Vorstell. im Mittwoch-Abonn. Kleine Pr.
Donnerstag, 9. März, 7 1/2 Uhr: „Im weißen Röhl“. Bei besonders ermäßigten Preisen. Aufh. Abonn.

Neues Theater.

Mittwoch, 8. März, 8 Uhr: „Ein Prachtmädel“. Abonn. A. Gewöhnl. Pr.
Donnerstag, 9. März, 8 Uhr: „Dr. Bahl“. Abonn. A. Gewöhnl. Pr.
Freitag, 10. März, 8 Uhr: „Der Gatte des Fräuleins“. Aufh. Abonn. Ermög. Pr.

Schumann-Theater
Heute 8 Uhr: Neu! „DON CESAR“. 3642

GROSS-FRANKFURT



Spezialitäten-Theater.

Anfang 8 Uhr 10. Vorher Konzert. Einlass 7 Uhr.

W. Schüll & Frau Improvisationen	Jean Clermont Wanderzirkus	
Die Obersteirer 8 Personen 8	Geschw. Birkeneder Drahtseilwunder	
3 Karoll Sport-Akrobaten	Oscar Albrecht Vortragsmeister	Karl & Lona Luftstarke
P. & M. Petras Fangkünstler	Albert Haas Tänzer	Paula Doris Sängerin

Loge 1.75, Res. Platz 1.20, Saal 0.65.
Militär wochentags halbe Eintrittspreise.
Künstler-Brettel
Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Hotel du Nord Kapelle Hofer
Elias Römer.

Amtliche Bekanntmachung.

Vom 1. 3. 1916 ist eine Verfügung betreffend Meldepflicht der Flächbesitzer, Beschlagnahme des Flaches, Mißstände im Flächhandel erlassen worden.
Der Wortlaut der Verfügung wird in den Amtsblättern bekannt gegeben. 3686

Stello. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäsche-Arbeiter Deutschlands :: Filiale Frankfurt a. M.

Mittwoch den 8. März, abends 9 Uhr,
in Grall's Gartensaal, Lange Straße, Ecke Kaserneingang:

Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Feuerungszulage.
 2. Einführung einer Uniform-Tafel.
 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1915.
- In dieser sehr wichtigen Versammlung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Frisch
vom Seeplatz eintreffend:

Bratschellfische 60 Pfund
See-Lachs 62 Pfund

Fettsparende Seelisch-Koch- u. Backrezepte, zusammengestellt von der Städt. Hausfrauenberatungsstelle, werden in unseren Verkaufsstellen kostenlos verabfolgt.

Sardellen 40 Pfund
Oelsardinen 45-110 Dose
Makrelen in Tomaten-Sauce grosse Dose 95

Schade & Füllgrabe

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Zeichnet die Kriegsanleihe!

Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe

zu 98,50
oder

Viereinhalbprozentige auslosbare Deutsche Reichsschatzanweisungen

zu 95.

Die Kriegsanleihe ist
das Wertpapier des Deutschen Volkes

die beste Anlage für jeden Sparrer
sie ist zugleich

die Waffe der Daheimgebliebenen

gegen alle unsere Feinde

die jeder zu Hause führen kann und muß
ob Mann, ob Frau, ob Kind.

Der Mindestbetrag von Hundert Mark
bis zum 20. Juli 1916 zahlbar
ermöglicht Jedem die Beteiligung.

Man zeichnet

bei der Reichsbank, den Banken und Bankiers, den Sparkassen, den Lebensversicherungs-Gesellschaften, den Kreditgenossenschaften

oder

bei der Post in Stadt und Land.

Letzter Zeichnungstag ist der 22. März.

Man schiebe aber die Zeichnung nicht bis zum letzten Tage auf!

Alles Nähere ergeben die öffentlich bekanntgemachten und auf jedem Zeichnungsschein abgedruckten Bedingungen. 3617

Feiert euern Geburtstag

durch eine Spende!

Theaterplatz 14

Geburtsstagsbureau (2).

Trinkt Frankfurter Bürgerbräu!

„Geyers Salat-Oel-Ersatz“

hergestellt unter Aufsicht der Nahrungsmittel-Kommission.
Reinschmeckend und wohlbekömmlich.

Kleiverkauft in Flaschen von 1/2 und 1 Liter
nachmittags 3 bis 7 1/2 Uhr Oeder Weg 23.
Alleiniger Engros-Vertrieb durch

G. Rob. Scharpf, Frankfurt am Main
Friedberger Landstrasse 69. 3686

Dreher, Schlosser
Werkzeugmacher, Mechaniker

für dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen gesucht. Bei Bewerbungen bitten wir Alter und Militärverhältnis anzugeben. 3211

Motorenfabrik Oberursel N. & G. Oberursel b. Frankfurt-22.

Tüchtige gelernte Dreher

und

tüchtig angelegte Granatendreher

gegen hohen Verdienst bei dauernder Beschäftigung
gesucht. 3661

Maschinen- und Armaturen-Fabrik
vorm. H. Breuer & Co., Höchst a. M.

Holzschuh- Galoschenarbeiter

gegen sehr hohen Lohn sof. gesucht
Bodenheimer Holzschuhfabr.
Moltkeallee 94, 2. 3621

Freiwilligelehrling geüht

(auch Botsch.) Holz und Holzwerkst.
3636 Gg. Heunig, Vilbel.

Diese große Partie durch Er-
warung d. Radenmeile u. eig. Her-
stell. d. Harte. Herren- u. Konfirm-
Anzüge, schwarzblau, marone, jede
Größe vorrät. Oesen, Westermäntel,
Rapel, Mäher u. Lederleder enorm
bill. abzug. Berger Str. 107, 1., Herren-
schneider. Anzüge werd. auch nach
Maß mit u. ohne Stoff mit Garantie
f. gut. Ety billig angefertigt. 2881

Maß - Anzüge
8 Mäler u. Paletots
billig abgegeben.

Sommerfeld
Saneiderer u. Reinigungs-
analt.
Schnurgasse 2, 2. St.
Ede. Adreßgasse. 3617

Zeitungen, Altpapier,
Geschäftlicher, Schriftstücke

unt. Garantie des Einstands.
Alt-Gummi,
Eisen, Flaschen.
Alle Sorten Lampen, Blei,
Zink und andere Metalle
kaufe zu höchsten Preisen.
Hole ab.

Trapp, Gr. Seesir. 21
Postkarte oder Telefon:
Taunus 2049.

Tuch-Reste

Gesamtheit von 30 Pfund an
Anzugstoffe von Mark 1.60 an.
Gerrenstoffe billig. 01199
Katharinenpfote 7, 1. St.

9 beste Rim. Küche, Bodenl. Strüer
u. Goh. Wie Ratzer Wasse 17, 2.

L. Creelius Ww.

Zigarettenhandlung
Höchst a. M., Königsheuerstr. 24.

TODEN-ANZEIGE.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche
Nachricht, dass meine innigstgeliebte Frau, unsere gute
Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwä-
gerin und Tante

Sophie Schreck

geb. Link

nach längerer Krankheit im Alter von 60 Jahren ver-
storben ist. Die trauernden Hinterbliebenen:

L. & N. Johann Schreck nebst Kindern.
Frankfurt a. M. (Breite Gasse 7), den 7. März 1916.
Die Beerdigung findet Donnerstag den 9. März, vormittags
10 1/2 Uhr, vom Portale des Hauptfriedhofes aus statt. 3635